

## Bürgerinformation „Planungen Max-Planck-Institut“

Mittwoch 09.02.2011, 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr, Tech. Fakultät, Erwin-Rommel-Straße 60, Hörsaal 7. Fragen und Antworten

---

### 1. Die Bürgerin stellt die Frage, ob unabhängig vom Flächennutzungsplan konkrete Alternativen geprüft worden seien, als der Bebauungsplan 380 aufgestellt wurde.

Herr Bruse entgegnet, dass unabhängig davon, um welche Planart es sich handelt, informeller oder formeller Plan, bis hin zum Bebauungsplan, jedes Mal abzuwägen sei. Es seien auch jedes Mal Stellungnahmen oder Bedenken in die Abwägung einzustellen.

Im Bundesnaturschutzgesetz, in Bezug auf Artenschutz oder im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz werde die Frage der Alternativenprüfung behandelt, im Bundesnaturschutzgesetz gehe es um zumutbare Alternativen, und da spielten natürlich auch funktionale Zusammenhänge in Bezug auf einen vorhandenen Standort in der rechtlichen Beurteilung und in der Abwägung eine Rolle.

Die Stadt müsse alle Belange in eine Abwägung einstellen und die Stadt, bzw. der Stadtrat habe das Recht, aber auch die Pflicht zur Abwägung dieser Belange. Es sei sicherlich so, dass ein Abwägungsergebnis oft nicht den Forderungen, Auffassungen und Ansichten von Einwendern entspräche, die für sich selbst zu einem anderen Abwägungsergebnis kommen würden. Das Recht und die Pflicht zur Abwägung lägen jedoch bei der Stadt, die diese Belange einstellen müsse, soweit Sie der Stadt bekannt seien.

Konkret lägen Stellungnahmen zum Bebauungsplan 380 vor, die Bezug nähmen auf die Alternativenprüfung. Hierbei gehe es insbesondere um zumutbare Alternativen.

Herr Prof. Leuchs entgegnet, dass die Max-Planck-Gesellschaft versuche, die besten Forschungsmöglichkeiten bereitzustellen. Dies führe dazu, dass die besten Forscher der Welt dort arbeiteten und davon profitiere die Max-Planck-Gesellschaft und die Gesellschaft. Zu diesen optimalen Bedingungen gehöre nicht nur, dass die Finanzierung für das Institut vorliege, an dem später 300 bis 400 Mitarbeiter arbeiten werden, sondern auch andere Bedingungen, unter anderem auch die Nähe zu bestehenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Derzeit habe die Max-Planck-Gesellschaft ein Gebäude angemietet, auf dem Gelände der Siemens AG. Der derzeitige Standort sei bereits zu klein und die Entfernung zur Physik betrüge 1,5 km. Dies sei zu weit und führe zu einem schlechtern Kontakt zu den Studenten und im Ablauf der Forschung.

Wichtig sei auch, dass die Institute ein optimales Umfeld hätten, daher seien diese in der Regel ganz nah an entsprechenden Forschungseinrichtungen, insbesondere in einem Forschungsfeld, wie das beim Max-Planck-Institut des Lichts der Fall sei.

Für die Wahl der Max-Planck-Gesellschaft für Erlangen, welches hier erstmalig einen Punkt auf der Landkarte setze, seien die Forschungsbedingungen und die Nähe zu einer wissenschaftlichen Einrichtung wichtig. Dies seien die Belange, bei denen die Max-Planck-Gesellschaft nur ungern Kompromisse mache. Auf einem Grundstück, welches entfernt liege, könnten die erforderlichen Bedingungen nicht umgesetzt werden. Daher sei die unmittelbare Lage an der tech. Fakultät wichtig.

### 2. Der Bürger bittet um auflegen der Folie aus der Präsentation welche den Flächenbedarf der Universität darstellt (FNP). Er regt an, als alternativen Standort die Waldfläche entlang der Kurt-Schumacher-Straße vorzusehen, da diese näher an der Physik läge. Die Fläche gehöre als Teilfläche zum Landschaftsschutzgebiet Brucker Lache. Sie hätte jedoch keinen Zusammenhang mit der Brucker Lache. Wäre es nicht möglich diese Fläche der Universität zuzuschlagen?

Herr Bruse entgegnet, dass diese Fläche Landschaftsschutzfläche sei.

Dieser Bereich solle auf jeden Fall bestehen bleiben, da er zum einen den Übergang zum Reichswald darstellt und zum anderen den Universitätsbereich, der hier an den Außenbereich grenze, zur Kurt-Schumacher-Straße hin abschirme. Dafür gebe es städtebauliche Gründe.

Herr Prof. Leuchs entgegnet, dass viele der Experimente, Experimente seien, bei denen mit Lichtstrahlen gearbeitet würde, welche interferieren. Die geringe Wellenlänge des Lichts führe dazu, dass dies sehr empfindliche Messungen sein könnten. Deshalb müsse sehr viel getan werden, um diese Experimente gegen die Seismik und Bodenbewegungen zu isolieren.

Dabei werde mit entsprechenden Tischen gearbeitet; je mehr aber an Grunderschütterungen da sei, umso mehr müsse in die Isolierung investiert werden. Dies sei aber ab einem bestimmten Punkt auch technisch nicht mehr möglich. Daher sei die Max-Planck-Gesellschaft an den westlichen Rand des Planbereichs gegangen, um hier einen möglichst optimalen Standort zu erhalten.

**Zusatzfrage des Bürgers, dass die Nähe zur Physik wohl besonders wichtig sei. Daher sei dieser Standort für das Max-Planck-Institut der bessere. Zudem müsse die Lage nicht unmittelbar an der Kurt-Schumacher-Straße liegen, sondern es könne man ja auch Flächen wie die des sog. „Schmetterlingshauses“ nehmen. Wenn dieses Gebäude nahe der Staudtstraße entfernt würde, wäre die sich dann ergebende Fläche ausreichend?**

Herr Thomas A.H. Schöck entgegnet, dass in diesem Gebäude vorgesehen sei, für den Doppeljahrgang Praktikums- und Arbeitsräume einzurichten.

**3. Der Bürger merkt an, dass die Antwort auf die Alternativenprüfung nicht sehr zufriedenstellend gewesen sei. Er verstehe, dass die Alternativenprüfung zum Max-Planck-Institut mit der Nähe zur Physik begründet würde, aber er verstehe nicht, weshalb ein leeres Baugrundstück baureif gemacht und dann gesagt werde man habe Alternativen geprüft. Was wäre, wenn die Universität hier plötzlich einen Hundespielplatz bauen würde? Er sehe überhaupt keinen Sinn in der Größe des Bebauungsplans, abgesehen vom Argument des Max-Planck-Instituts. Man könne den Bebauungsplan problemlos teilen und den Bereich für das Max-Planck-Institut zur Satzung bringen und den übrigen Teil künftigen Naturschutzgesetzen überlassen.**

**Tatsächlich könne man im Luftbild keinen Unterschied sehen zwischen dem Naturschutzgebiet und dem Geltungsbereich des Bebauungsplans.**

**Die Entscheidungen liefen in der Stadt immer nach demselben Schema ab, im Planungsamt würden die Argumente vom Tisch gewischt und der Stadtrat nicke dies ab, da der Stadtrat die nötige Kompetenz nicht habe. Er habe die Unterlagen angesehen. Da werde ein Naturschutzgebiet in zwei Stockwerke gebaut im vorhandenen Naturschutzgebiet. Es würden Büsche gepflanzt, damit darin Heckenvögel nisten könnten und darunter solle Magerrasen wachsen. Dies widerspreche aber genau dem Sandmagerrasen.**

Herr Albrecht: erwidert, dass die ANUVA Umweltplanung durch das Staatliche Bauamt beauftragt worden sei. Die Aufgabe sei dabei nicht die Standortfindung durchzuführen, die Suche danach sei bereits durch den Stadtrat mit dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan eingeleitet worden, sondern die Aufgabe sei es, den vorliegenden Plan zu beurteilen und zu bewerten, zu welchen Eingriffen es durch die Planung komme. Diese Eingriffe seien nach Maßgabe des Baugesetzbuches zu minimieren. Dabei gehe bei einem solchen Bebauungsplan auch einiges verloren. Dafür müsse dann der naturschutzrechtliche Ausgleich geschaffen werden.

Die Abgrenzung des Naturschutzgebietes wurde in der Vergangenheit getroffen. Dabei floss auch die Überlegung ein, dass eine Erweiterung der Universität später noch möglich sein soll. Heute sei sichtbar, dass der Südteil des Geländes deutlich stärker mit Gehölzen bestanden sei. Insoweit bestehe ein Unterschied in der Bewertung der Flächen im Naturschutzgebiet und südlich davon.

In Bezug auf die Ausgleichsflächen wären sehr wenige Gehölzneupflanzungen vorgesehen, im Vergleich zu dem was momentan da sei. Es gehe darum Dornengehölze an einigen Stellen einzubringen, die für den Neuntöter wichtig seien, welche aber die großen Freiflächen nicht stören. Diese lägen im Wesentlichen entlang des Weges und an der Grenze zur vorhandenen Bebauung. Ansonsten solle im Großteil des NSG Gehölze entfernt werden, und zwar deutlich mehr als neu gepflanzt. Es gehe darum den heute naturschutzfachlich nicht mehr so hohen Wert des Naturschutzgebietes wieder herzustellen. Die vorgesehenen Flächen seien dicht vergrast, es gäbe nur noch ganz wenige Bereiche, welche wirklich offene Bodenstandorte hätten, wo Magerrasen vorkomme. Die ursprüngliche Wertigkeit des Gebietes, wie sie in der Biotopkartierung vorgesehen war, und auch ihre Eignung als Brutplatz für die Heidelerche, seien mittlerweile heute nur noch in ganz wenigen Bereichen gegeben.

Dies sei durch das Naturschutzgesetz so auch vorgesehen. Seit das neue Naturschutzgesetz im März 2010 seine Gültigkeit bekommen habe, sei es möglich Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten, sofern sie der Aufwertung dieses Gebietes dienen als Kompensation anzuerkennen; und eine Aufwertung werde es mit Sicherheit geben, weil durch die intensiven Mahdarbeiten, die hier vorgesehen sind, und durch die Schaffung von offenen Bodenstellen gerade z.B. die Ödlandschrecke, die erwähnt wurde nachher eine deutlich größere Population haben werde. Das gleiche träfe für die Heidelerche, Feldlerche und wahrscheinlich für alle Vogelarten, die hier einmal wertvoll waren zu. Für die Kreuzkröte würden neue Laichgewässer und Rohbodenstandorte geschaffen, die diese brauche um sich einzugraben

und zu überwintern. Die Kompensation, welche vorgesehen sei, werde das Naturschutzgebiet aus naturschutzfachlicher Sicht aufwerten.

**4. Die Bürgerin sagt, sie habe den Werdegang des Gebiets seit 1990 verfolgt. Sie habe beim Workshop damals mitgewirkt und der Bund Naturschutz habe damals einen selbstständigen Vorschlag für die Nutzung der Flächen gemacht.**

**Es gebe einige Anregungen, die aus Ihrer Sicht wichtig seien:**

**1. 1995 habe der Bund Naturschutz mit vielen Bürgerinnen dieser Stadt zusammen, an den bayerischen Landtag eine Petition gestellt, um ein Naturschutzgebiet in dieser Stadt auszuweisen. Dieses hatte die Fläche des heutigen Naturschutzgebietes, sowie der Fläche, um die es heute gehe, insgesamt 39 ha. Die Wertigkeit der gesamten Fläche, war zum damaligen Zeitpunkt gleich hochwertig.**

**Trotz der Hochwertigkeit des gesamten Gebietes, habe es 5 Jahre gedauert, bis das Naturschutzgebiet ausgewiesen worden sei, insbesondere deshalb, weil es immer um die geplante Vorratsfläche der Universität ging.**

**2. Alle würden die Forschungsergebnisse anerkennen. Es handele sich hierbei um einen Wissenschaftsstreit. Auf der einen Seite Wissenschaftler, die mit Licht, der Physik arbeiteten, auf der anderen Seite seien diejenigen, welche im Bereich der Biodiversität arbeiteten. 2010 wäre das Jahr der Biodiversität gewesen. Biodiversität gehöre aber auch zu dieser Universität dazu. Auch im Bereich der Biologie, der Ökologie sei Erlangen führend. Auch diese Wissenschaftler und Professoren verdienten letztlich unser aller Respekt.**

**3. Wir alle begrüßten das Max-Planck-Institut und, dass es nach Erlangen komme.**

**4. Die Menschen die heute hier säßen, hätten, unter anderem Sorge um Ihre Erholungsbedürfnisse, und um Ihre Erholungsmöglichkeit, es gehe natürlich auch um Naturschutz ob blaüflüglige Ödlandschrecke ob Kreuzkröte, darauf die Diskussion zu reduzieren wäre zu kurz gesprungen, die Menschen die hier säßen hätten Angst um ihre Erholungsmöglichkeiten, ums joggen ums Rad fahren, die Kindergärtnerin, die herausgehen und so weiter. Es gehe um den Erholungseffekt.**

**In den Broschüren zum Röthelheimpark sei mit den Menschen die gebaut hätten einfach nicht fair und offen gesprochen worden, was auf sie zukommt. Weder die Allee sei in den Broschüren, noch die Einschränkung der Erholungsmöglichkeit. Für die Menschen vor Ort sei die Planung eine besorgniserregende Entwicklung; man könne in den Zeiten, in denen das NSG gesperrt sei nur noch um das Naturschutzgebiet herumlaufen. Künftig werde der Druck auf das NSG unermesslich hoch werden, da könne man einpflanzen, was man wolle.**

Herr Gröske führt hierzu aus, dass er eine Konfrontation Max-Planck-Institut kontra Naturschutz nicht nachvollziehen könne. Die Frage ob der Erholungswert erheblich eingeschränkt werde, könne er in sofern beantworten, als es zusätzliche Erholungsflächen gebe, z.B. den Reichswald. Grundsätzlich bliebe die Frage, ob alles so bleiben müsse wie es ist, etwa bei der Erholung oder bei den Kinder-spielbereichen.

Grundsätzlich sei aber zu beachten, dass Alternativen nur beschränkt möglich seien, da viele vermeintliche Alternativen die Möglichkeiten der Forschung erheblich einschränkten.

Natürlich gäbe es immer Konfliktsituationen zwischen verschiedenen Bereichen. Die Biodiversitätsforschung sei Bestandteil der Forschungslandschaft und die Forscher beforschen dieses Gebiet sogar sehr intensiv und zunehmend. Dieser Aspekt spiele jedoch für die Frage, ob dort ein Max-Planck-Institut hinkomme oder für die Erweiterungsfläche der Universität keine Rolle.

Herr Prof. Leuchs betont, Ihm sei wichtig, dass genauso, wie der Naturschutz versuche, für die Natur die besten Bedingungen zu bekommen, die Max-Planck-Gesellschaft versuche, die besten Bedingungen für unsere Forschungen zu bekommen. Wenn diese an diesem Standort nicht verwirklicht werden könnte, wenn die Bürger mehrheitlich der Meinung sein, sei dies Teil des politischen Prozesses. Es müsse aber auch gesehen werden, dass in erheblichem Maße auch Steuergelder ausgegeben werden. Das wäre nicht verantwortlich, wenn dies nicht in bestem Wege geschähe.

Für die Max-Planck-Gesellschaft sei der Standort nicht entscheidend. Für die Forschung sei der Standort nicht so wichtig, für manche Tiere ist der Standort möglicherweise wichtig, weil diese nur an diesem Ort überleben könnten, aber die Forschung könne auch woanders betrieben werden.

Kernaussage sei, dass die Möglichkeiten die das Max-Planck-Institut habe, insbesondere in finanzieller Hinsicht genutzt werden um die Forschungsbedingungen herzustellen die benötigt werden, dass die Mittel möglichst optimal ausgegeben werden. Dafür müsse ein optimaler Standort gesucht werden. Für einen weniger optimalen Standort müssten zu viele Kompromisse eingegangen werden. Die Max-Planck-Gesellschaft sehe sich hier globaler und hänge nicht zwingend an dieser Physik, an diesem Standort.

Herr OBM Dr. Balleis ergänzt, dass hinsichtlich der bisherigen Information es hier zahlreiche Broschüren gegeben habe, es gebe den Flächennutzungsplan, es gab Bürgerversammlungen und –informationen, Information sei Bringschuld, aber auch Holschuld.

**5. Der Bürger erwähnt, dass das NSG in den Sommermonaten gesperrt sei, d.h. man müsse in den Sommermonaten auf die umgehenden Verbindungswege ausweichen, nur der Südbereich stehe voll zur Verfügung. Und dieser Bereich werde durch die Bebauung komplett genommen. Der Bürger schlägt als Alternative vor, auf der westlichen, südwestlichen Fläche der Standort nachgewiesen werden könne. Dort wäre es dann vom restlichen NSG durch den Wald abgetrennt, und alles was östlich davon liege, dass könne man als NSG ausweisen, was jetzt schon als Biotopfläche besetzt sei.**

**Er verstehe die Diskrepanz zwischen Bebauungsplan 380 und Max-Planck-Institut nicht: Die Max-Planck-Gesellschaft benötige nur 1,5ha der Bebauungsplan umfasse aber 11ha.**

**Im Südosten solle die Kurt-Schumacher-Straße verbreitert werden, der hochwertvolle blaue Streifen von Wald, solle erhalten werden, im Bebauungsplan stehe allerdings, dass auf ca. 200m eine neue Fahrspur hinzukomme, und um dies alles zu begründen benötige man auch die 1.500 Parkplätze die im Bebauungsplan stünden. Ohne den Großausbau der Stellplätze wäre der Ausbau der Kurt-Schumacher-Straße nicht zu rechtfertigen.**

Herr Bruse führt aus, grundsätzlich gehe es nicht nur um das Max-Planck-Institut, sondern um die 11ha Erweiterungsfläche für die Universität. In den letzten 5 Jahren habe es bereits zwei Vorhaben gegeben, die auf dieser Fläche realisiert werden sollten, ein Vorhaben sei aufgrund der Finanzierung gescheitert, das andere könnte noch realisiert werden. Nun sei zufälligerweise das Max-Planck-Institut das erste Vorhaben, welches im Plangebiet realisiert werden solle.

An der Kurt-Schumacher-Straße gehe es bei dem Kreuzungsausbau um den Einmündungsausbau mit der Staudtstraße nicht nur darum diese Fläche zu erschließen, sondern hier seien auch die Flächen angeschlossen, wo zur Zeit Baumaßnahmen stattfänden auf dem südlichen Areal. Zahlreiche Anwohner der Sebaldussiedlung hatten damals bei den Bauvorhaben südlich der Staudtstraße Einwendungen geltend gemacht, die Erwin-Rommel-Straße nicht weiter zu belasten und dies führe jetzt dazu, dass wir im Bereich Staudtstraße einen entsprechenden Verkehrsanschluss ausbauen müssten, um den Verkehr auf die Kurt-Schumacher-Straße abzuleiten. Wobei für den Ausbau von der Dimension nicht viel mehr Breite benötigen werde als heute, da bereits eine dritte Spur vorliege, die damals für die Panzerfahrzeuge der Amerikaner hergestellt wurde.

Bezüglich der alternativen Standorte und deren Untersuchung, nicht alles stehe im Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan, eine Abwägung sei ein gesamter Prozess der beginne, mit der Planung am Tisch des Planers. Sofern für jede Fläche im Flächennutzungsplan dargelegt werden müsse, welche Alternativen geprüft wurden, dann würde es ein Band an Text ergeben. Standortalternativen wurden dennoch in Form von Flächendarstellungen, Ausschussvorlagen diskutiert.

**6. Der Bürger bezüglich der Wertigkeit wären einige Argumente gekommen, der Süden sei nicht wertvoll und der Verlust könne ausgeglichen werden durch die Aufwertung des Naturschutzgebietes. Tatsächlich läge hier aber eine extrem wertvolle Fläche vor, auch im Südbereich, insbesondere durch den Bewuchs mit den alten Kiefern. Für den Wendehals einen wertvoller Standort. Der Wendehals wurde leider im Gutachten nicht nachgewiesen, obwohl er 20m westlich des Plangebiets als Brutvogel im letzten Jahr nachgewiesen worden sei und auch akustisch relativ auffällig sei. Es entstehe der Eindruck, diese Fläche sei nicht wertvoll. Dies stimme nicht. Sie sei auch deshalb wichtig, auch wenn es in den letzten Jahren an Wertigkeit verloren habe, weil die Fläche des Naturschutzgebietes zu klein sei, insbesondere für Arten wie die Heidelerche.**

Herr Albrecht erwidert, er habe im Bebauungsplan und auch im Umweltbericht festgestellt, dass dieses Gebiet wertvoll sei. Grundsätzlich sei es auch darum gegangen, dass es möglich sei das NSG aufzuwerten. Es gebe eine Reihe von Faktoren, weshalb das NSG derzeit nicht mehr so wertvoll sei.

Es gebe in vielen Bereichen Landreitgras, welches in diesem Gebiet sehr dicht stehe, weshalb die meisten Bodenbrüter in diesem Gebiet nicht mehr zurechtkämen. Dabei wurde der ganze Exerzierplatz untersucht, nicht im Rahmen dieses Projektes, sondern im Rahmen für einen Pflegeplan für den Exerzierplatz, als Grundlage für ein Pflegekonzept. Die Heidelerche habe dort gesungen, sei aber am Schluss als brütend nur mit vermutlich bestätigt worden. Einen sicheren Nachweis konnte in den Jahren der Untersuchung nicht erbringen, was vermutlich daran lag, dass es nur noch wenige Bereiche gebe, die für die Heidelerche noch gut geeignet seien. Zudem komme noch hinzu, dass es in dem Gebiet einen Zielkonflikt gebe, den Druck durch die Nutzung des Gebietes, oder den Bedarf der Bevölkerung in dem Gebiet sich zu erholen. Für bodenbrütende Vogelarten sei die Belastung durch Hunde und durch Katzen ein großes Problem genauso ein großes Problem wie das dichte Landreitgras. Der Heidelerche zum Beispiel fehlten die offenen Bodenstellen. Ähnlich problematisch sei es auch für den Wendehals. Dank Ihrer Stellungnahme im Bauleitplanverfahren hätten wir ihn später berücksichtigt. Er sei außerhalb des Plangebietes auch gehört worden, aber gerade im Plangebiet gebe es die offenen Bodenstellen, die er für die Nahrungssuche z.B. Ameisen so braucht kaum noch. Diese hätten wir im nördlichen Teilbereich und durch das Maßnahmenkonzept würde es nachher einen sehr viel größeren Anteil an offenen Bodenstellen geben als bisher.

**Der Bürger ergänzt, wichtige an der Fläche sei der Erhalt der Größe, dafür gebe es verschiedene Gründe. Das eine seien die Arten, die darin vorkämen, die eine gewisse Mindestgröße bräuchten, das andere sei die Erholungssuche auf dieser Fläche, und dass dies in Konflikt stehe mit dem Naturschutz.**

**Hinsichtlich der Spielmöglichkeiten für Kinder bestehe eine Alternative eigentlich nicht. Es gebe das Naturschutzgebiet, die wertvollen Spielplätze, die dort bestünden, die seien eben nur im Plangebiet. Im Erlanger Stadtgebiet gebe es nur sehr wenige Naturflächen, die derart inspirierend seien für Kinder. Oft sehe er Kinder in den alten Bäumen dort spielen, in den Feuchtplätzen spielen.**

**Die Fläche sei Sicht des Naturschutzes eine sehr wichtige Fläche und Teil des Projektes Sandachse - ein wichtiger Baustein davon, zusammen mit den anderen Sandachsenflächen, die es hier in Mittelfranken gebe. Die Fläche müsse erhalten bleiben.**

Herr Prof. Gröske erwidert bezüglich, der Kinder die dort spielen, Kinder seien so innovativ im Spielen, und im Hinblick auf das relativ kleine Feld, was dort verloren gehe im Verhältnis zur Gesamtfläche. Er gehe nicht von einem sehr großen Konflikt hier aus. Im Gegenteil würden genau diese Kinder uns in Zukunft fragen, was wir getan hätten, um die Zukunft zu sichern, die Zukunft der Kinder liegt in der Bildung und der Forschung.

**7. Der Bürger gibt zu Bedenken, dass es nicht nur Kinder in diesem Gebiet gebe, sondern auch Senioren, die nicht mehr zur Kurt-Schumacher-Straße laufen könnten.**

**Es sei auch gesagt worden, dass, nördlich der Staudtstraße die Bäume erhalten blieben, der Bebauungsplan zeige aber, dass lediglich 17 Bäume erhalten würden.**

Herr Bruse entgegnet, dass nördlich der Staudtstraße der mit Bäumen bestandene Grünstreifen im Bebauungsplan berücksichtigt werde.

**8. Die Bürgerin sagt, Sie möchte noch mal den besonderen Naherholungswert des Gebiets für die Anwohner unterstreichen**

**Sie sei dort fast täglich. Es gebe dort sehr viele Jogger, sehr viele Menschen, die dort spazieren gingen, viele Kinder die spielten. Diese Fläche die jetzt bebaut werden solle, sei die einzige, die ganzjährig begehbar sei. Das NSG sei zwischen März und Juli überhaupt nicht zu betreten. Könnten nicht im bestehenden Uni-Gelände Baulücken geschlossen werden? Oder könnten nicht westlich des im Volksmund „Sonnenweg“ genannten Fläche, die Fläche wäre ja auch in unmittelbarer Nähe der Uni, könne dort nicht gebaut werden? Könnte dies nicht im Wege eines Grundstückstauschs geschehen?**

Herr Bruse erwidert, dass damit wohl die Fläche im Bereich Festplatz gemeint sei, das Wagendorf, diese Flächen seien vorgesehen für die Erweiterung des Sportbereichs der Universität. Und die Fläche an der Hartmannstraße sei derzeit als Festplatzfläche belegt und würde auch für andere Veranstaltungen genutzt. Zudem sei sie gleichzeitig Parkplatzfläche für das Röthelheimbad. Außerdem könne auf der Fläche der Bedarf der Universität nicht gedeckt werden.

**9. Der Bürger wundert sich die Diskussion. Die Stadt habe hier ein Naturschutzgebiet geschaffen und er würde sich etwas mehr Dankbarkeit gegenüber der Stadt wünschen. Es gebe in Erlangen kein anderes Wohngebiet, wo ein Naturschutzgebiet solchen Ausmaßes geschaffen wurde. Zudem gibt er zu Bedenken, dass zunächst für mehr Naturschutz gekämpft werde und gleichzeitig werde bemängelt, dass das Naturschutzgebiet nicht begangen werden dürfe. Dies sei ein Widerspruch.**

**Welche Alternativen gebe es überhaupt? Tatsächlich gebe es keine Alternativen. Es gehe schließlich nicht nur um das Max-Planck-Institut, sondern auch um die Universität, diese werde wohl auch weiter wachsen. Die brauche Ausdehnungsflächen in der Nähe der vorhandenen Institute.**

**Insbesondere verstehe er die Die Diskussion nicht, weil unmittelbar angrenzend ein riesiges Erholungsgebiet liege, der Reichswald.**

**10. Der Bürger ist der Auffassung, dass vieles für den einfachen Bürger nicht verständlich gemacht worden sei. Der einfache Bürger merke erst, was geplant werde, wenn der Plan wirklich da sei und konkret werde was gebaut werden solle.**

**In der Stadt hätten wir derzeit ein High-Tech-Institut und das wollten auch alle behalten zusammen mit anderen High-Tech-Arbeitsplätzen in der Stadt. Ebenso gäbe es auch hochwertigen Naturschutz. Das Problem sei nur, dass Erlangen ziemlich voll sei und dass derzeit geplant sei, dieses Gebiet mit High-Tech-Arbeitsplätzen und High-Tech-Forschung und hochwertigem Naturschutz mit einem Lowtech-Verkehrsmittel zu erschließen. Wenn es gelänge, ohne Parkplätze, ohne viel Verkehr auszukommen und das Gebiet fußläufig erschließen.**

Herr OBM Dr. Balleis entgegnet, es gehe hier nicht nur um die Frage, ob man zu Fuß gehe oder mit dem Fahrrad fahre, sondern auch mit dem Bus. Die Stadt sei derzeit mit dem ÖV in Verhandlungen, dass hier der Bus der vom Osten herein komme - Neuenkirchen - geflügelt würde, d.h. dass ein Teil des Busverkehr über die Kurt-Schumacher-Straße die Technische Fakultät erschließe und dann hinüberführe über die Paul-Gossen-Straße und weiter zu AREVA. Hier bestehe nach derzeitigem Stand die Nachfrage. Diese Überlegungen seien im Großraum Nürnberg und mit der ÖV angestellt worden und er sei sehr zuversichtlich, dass wenn dieser zusätzliche Nachfrager an dieser Stelle da sei, dann die Flügelung des 209er erfolgen könne.

**11. Die Bürgerin beklagt, insbesondere die Planung und Ausweisung der 1.500 Parkplätze im Plangebiet. Einerseits werde beklagt, dass der Pendlerstrom nach Erlangen überwiegend mit dem Auto geschehe, andererseits werde dies gefördert, wenn es zur Ausweisung von 1.500 Stellplätzen komme.**

**Der Stadtrat habe sich mehrheitlich gegen die Südumgehung ausgesprochen, diese 1.500 Parkplätze würden jedoch dazu führen, dass der Ruf nach der Südumgehung wieder lauter werde. Was auch durch die Parkplätze torpediert werde, seien die Bemühungen für eine Stadtbahn.**

**Kostenlose Parkplätze seien ein ganz großes Hindernis für den Ausbau des ÖPNV. Wenn jetzt Parkplätze ausgewiesen würden, dann führe der Bus leer durch die Gegend. Daher folge die Bitte, den Plan anders umzusetzen.**

Herr Bruse erwidert, dass die Zahl in der Begründung stehe. Die Zahl in der Begründung sei keine Ausweisung des Bebauungsplans, keine Festsetzung und habe auch keine Rechtswirkung, sondern diese Zahl sei eine Abschätzung, was möglicherweise passieren könnte und was untergebracht werden könnte, wobei es sich nicht um eine Verpflichtung handele. Das Vorhaben Max-Planck-Institut müsse allerdings den bauordnungsrechtlichen Stellplatznachweis führen, der entsprechend der Stellplatzsatzung der Stadt Erlangen berechnet werde. Dieser liege in der Regel unter dem tatsächlichen Bedarf. Daher bestehe hier ein Konflikt, da von Anwohnern aus dem Bereich Erwin-Rommel-Straße genau das Gegenteil gefordert werde, mehr Stellplätze im Bereich der Universität zu schaffen, da die Studenten im Bereich der Wohnstraßen dort parkten.

Die bauordnungsrechtlichen Stellplätze seien nachzuweisen und auf diese könne auch nicht verzichtet werden.

Herr Prof. Grüske ergänzt, dass die Zahl von der Stadt benannt wurde. Die Universität unterstütze eine bessere Anbindung an den ÖPNV, übrigens auch Richtung Nürnberg.

12. Der Bürger sagt, dass in die blauen Flächen in der Darstellung des Bebauungsplans Gebäude hineingebaut werden dürften. Von dem, was er im Museumswinkel vom neuen Max-Planck-Institut gesehen hätte, würde der Neubau ungefähr zwei Drittel der linken Fläche in Anspruch nehmen.

Der untere Teil der blauen Fläche, ließe eine Bebauung zu mit einer Höhe von 5 Geschossen bis zu 20m. Das sei ganz schön viel. Die normale Höhe eines Stockwerks bei einem Wohnhaus liege bei 2,40m. 20 bzw. 22m sei eine erhebliche Höhe. Das sei höher als jeder Baum, der dort an irgendeiner Ecke stehe. Die Gebäude, die zum Naturschutzgebiet hin gingen dürfen maximal 14m Höhe haben. Auch das sei eine ordentliche Höhe. Er habe sich die Umgebungsbebauung angesehen. Als privater Bauherr müsste immer berücksichtigt werden, was die Umgebungsbebauung sei und sich danach gerichtet werden. Die Physik die südlich stehe, sei dreigeschossig und vermutlich weniger als 10m hoch und das Fridericianum daneben sei ungefähr die Hälfte davon, dass sei flach und zweistöckig.

Er respektiere Spitzenforschung, aber was die Max-Planck-Gesellschaft sich dahin bauen wolle, sei ein Luxusgebäude und wenn man sich das Gebäude anschau, nehme allein das Treppenhaus  $\frac{1}{4}$  der Gebäudegrundfläche ein. Er wisse nicht, wozu Forscher so ein großes Treppenhaus bräuchten. Dies wolle er gerne mal erklärt haben, insbesondere, da dass Gebäude aus unseren Steuergeldern bezahlt werde.

Der nächste Punkt sei zur Information der Bevölkerung. Wann werde der Bevölkerung klar was hier gemacht würde? Vermutlich erst letztes Jahr mit Aufstellung des Bebauungsplans; dieser sei verbindlich und mache verbindlich, was dort hineingebaut werden darf. Erst der Bebauungsplan sei verbindlich und der mache verbindlich, was dort hineingebaut werden dürfe. Vorher sei nur klar gewesen, dass gebaut werden dürfe, aber nicht was darf gebaut dürfe. Bis heute gebe es nur die uralten Zeichnungen aus dem Jahr 1996 im Rahmenplan, diese seien fern jeglicher Realität, was dort einmal reinkommen solle.

Was möchte die Universität dort noch reinbauen? Bisher sei das immer Vorbehaltsfläche Universität gewesen, nun wüssten man, es wird ein Max-Planck-Institut und es sei bekannt wie Max-Planck aussehen werde.

Der neue Stadtteil Röthelheimpark sei in diesem Bereich entstanden und er sei extrem familienfreundlich angepriesen worden. Jetzt dürften die Kinder sozusagen nicht mehr raus, da die eine Fläche die NSG-Fläche sei, die man nicht betreten dürfe, die andere Fläche werde zugebaut. Die Flächen im Reichswald seien ebenfalls nur eingeschränkt betretbar. Dort gebe es ein Hinweisschild, welches davor warne die Wege zu verlassen aufgrund der Rückstände und Kampfmittel.

Herr Bruse antwortet darauf, dass in Bezug auf die Gebäudehöhe auch die Nachbarschaft betrachtet werden müsse, die südlich davon in der Universität angrenze. Dort lägen Geschosshöhen vor, die sich aus dem Laborbereich ergeben, die Geschosshöhen seien dort höher. Er könne außerdem nicht die Meinung teilen, wie der Bürger den Wettbewerbsentwurf einschätze. Im Wettbewerbsgremium saßen Sachpreisrichter wie auch Fachpreisrichter und das Ergebnis sei einstimmig bei der Auswahl des Entwurfs gefasst worden. Dass Architektur nicht allen gleich gefiele sei klar, er finde den Entwurf von den dargebotenen Lösungen den Entwurf, den man weiterverfolgen solle, da er auch in wirtschaftlicher Sicht angemessen sei. Die Max-Planck-Gesellschaft habe hier Vorgaben, den Rahmen der Wirtschaftlichkeit einzuhalten. Es sei nicht so, dass mit Steuergeldern jeglicher Luxus gebaut werden könne.

Die Gebäudestruktur im Rahmenplan von 1996 auf die hingewiesen wurde, sei ein Platzhalter, um nachzuweisen, dass auch universitäre Strukturen in diesem Bereich nachgewiesen werden könnten.

Herr Prof. Grüske führt ferner aus, dass als 1996 die Vorbehaltsfläche vorgesehen wurde, keiner gahnt hätte, dass sich dort ein Max-Planck-Institut ansiedeln würde. Die Universität habe sich weiterentwickelt und werde sich weiterentwickeln.

Die Universität plane, dass Forschungscluster in verschiedenen Bereichen, in der Biomedizin, in der Biologie, im gesamten Medizinbereich und Medizintechnikbereich gebildet werden. Ferner seien geplant, Leibnizeinrichtungen, Helmholtzeinrichtungen, das sind Bundesforschungseinrichtungen, die bisher nicht in Nordbayern vertreten sind, am Standort anzusiedeln und dafür werde Entwicklungsflächen benötigt.

Für die Universität wäre es schlecht, wenn nicht für die Universität Entwicklungsflächen bereit gestellt würden, um diese Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt in Erwägung ziehen zu können. Jeder der in Verantwortung stehe müsse langfristig denken und nicht bei dem stehenbleiben was heute bestehe, sondern im Zuge der Entwicklung von Forschung und Lehre und Ausbildungskapazitäten weitergehen.

Der Akademikeranteil werde zunehmen in der Bevölkerung aber auch in der Gesamtstadt. Heute müssten wir vorsorgen. Wenn nun diese Chancen hier verwehrt würde, dann könne sich die Universität nicht weiterentwickeln, zum Schaden der gesamten Region und der Zukunft.

**13. Der Bürger drückt seine Verwunderung aus, und erläutert, er habe sich sehr genau überlegt, wohin er ziehe und sei dabei auf den Röthelheimpark gestoßen, weil er überall hin mit dem Fahrrad fahren könne, das tue er auch. Seine Kinder seien auch im spielfähigen Alter. Sie spielten auch, allerdings nicht auf dieser Fläche, die spielen in den Gärten der Wohnhäuser, die ja damals auf eine gleichwertige Fläche gebaut worden seien.**

Die Nutzung die dort jetzt geplant werde, sei ihm immer bewusst gewesen. Er habe dies auch immer gesehen, auf diesem großen Rahmenplan im Zentralen Grünzug. Da zu behaupten, man habe nicht gewusst was dort gebaut werde, könne er nicht nachvollziehen.

**14. Der Bürger sagt, dass die Planer über viele Jahre hinweg planen müssten und alle gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten hätten. Deshalb plädiere er für einen Mentalitätswechsel: Alle Parkplätze für die künftige Nutzungen im Südgelände sollten südlich der Staudtstraße entlang der Kurt-Schumacher-Straße konzentriert werden.**

Dadurch würden die Anwohner des Sebaldu nicht mehr so sehr mit Abgasen belastet. Zudem sollte dort die Hauptzufahrt als dritte Zufahrt zum Universitätsgelände Süd von Osten erfolgen, zwischen Staudt- und Erwin-Rommel-Straße. Dadurch würden diese beiden Straßen nicht weiter belastet.

Von einem zentralen Parkplatzsystem aus könnte z.B. mit einem Elektrobus der Uni-Campus, als Musterbeispiel für ökologische hochwissenschaftliche Strukturen entwickelt werden. Damit wäre dem Naturschutz, den Anwohnern und der Universität genüge getan.

Gegen eine zusätzliche hochwertige Bebauung nördlich der Staudtstraße wäre nichts einzuwenden, die Anwohner dort, seien jedoch bereits sehr belastet durch die vorhandenen Parkplätze und den Verkehr. Daher sollten alle Parkplätze südlich der Staudtstraße angeordnet werden, auch für eine mögliche Erweiterung nach Norden. Damit Abgase und Naturschutz hier getrennt würden.

Herr Mausner entgegnet dazu, dass diese Überlegungen die Grundlage für die Neubauten des Chemikums, was südlich des Biologikums sich derzeit im Bau befindet, seien. Man könnten das erkennen an der Stichstraße, die von der Staudtstraße nach Süden gehe und derzeit als Baustellenzufahrt genutzt würde. Diese sei sozusagen das Rückgrat für die vorhandenen und künftigen Parkpaletten, die in diesem Bereich für das Chemikum dort geplant sind. Dies sei genau das Grundkonzept, was verfolgt würde. Das beziehe sich aber auf die Gebäude die sich südlich der Staudtstraße befänden.

Allerdings sei bei einem solchen Gelände zu berücksichtigen, dass bei Abständen über 500m die Akzeptanz zu Fuß zu gehen drastisch sinke.

Das Grundkonzept der gesamten Planung bestehe darin, dass es zwei Zufahrten für die Universität gebe, nämlich eine für die naturwissenschaftliche Fakultät und eine für die technische Fakultät, und der Knotenausbau an der Staudtstraße wäre dann die Zufahrt für die naturwissenschaftliche Fakultät einschließlich des Geländes für das Gelände nördlich der Staudtstraße, einschließlich des Max-Planck-Institutes und der künftigen Entwicklung der Universität. Diese hänge an der Hauptachse Kurt-Schumacher-Straße.

**15. Die Bürgerin sagt, dass sie sowohl die Bedürfnisse der Biologie, der Physik als auch die Bedürfnisse der Natur sähe und noch einmal einen Punkt setzen möchte für die Kinder. Kinder brauchen auch Entwicklungsfläche.**

Die Fläche im Bebauungsplan scheine wie ein Schatz zu sein für die Technik, für den Umweltschutz und eben auch für die Kinder. Sie könne die Kinder aus der Sebaldussiedlung dort hin schicken, da sie sich nicht verlaufen könnten, es sei kein richtiger Wald, die Kinder könnten dort Gefahren und Grenzen austesten, die sie nicht auf einem Spielplatz, im eigenen Garten und auch nicht in der Stadt, wo Autos fahren austesten könnten. Sie wünsche sich, dass eine Lösung für alle gefunden werde.

Herr OBM Dr. Balleis erwidert darauf, genau das sei die Aufgabe im Stadtrat für diesen Schatz der Wissenschaftler, der Natur und auch der Menschen, die in diesem Bereich wohnten, hier eine Lösung zu finden, die allen drei Gruppen gerecht werde.

Das Max-Planck-Institut sei derzeit untergebracht in einem abgeschlossenen Areal, es sei insbesondere deshalb abgeschlossen, weil es auf dem Territorium der Siemens AG ist, wo man nur über eine Pforte hineinkomme.

Das Gelände des Max-Planck-Institutes werde künftig nicht eingezäunt werden. D.h. die Durchgängigkeit an den Gebäuden vorbei in das Naturschutzgebiet bliebe erhalten, so dass natürlich weitere Erholungsmöglichkeiten in diesem Bereich möglich seien.

**16. Die Bürgerin sagt, dass es sehr viele Menschen gebe, die sich für die Fläche einsetzen. Ihr Wunsch wäre eine Kompromisslösung, mit der alle leben könnten. Vorher sei gesagt worden, dass auf dem Gelände des Festplatzes 11ha nicht hineinpassen würden. Müssten diese 11ha denn tatsächlich zusammenhängen oder könnte man sich nicht vorstellen diese aufzuteilen?**

Herr Bruse entgegnet darauf, dass Herr Prof. Gröske vorher dargelegt habe, wie die Entwicklung im Bereich der Universität noch sein könne. Sofern die beschriebenen Vorhaben in vollem Umfang kämen, könnte es sogar sein, dass diese 11ha knapp würden. Daher könne man nicht sagen man nimmt die 1,5ha Max-Planck-Institut heraus und setzt die übrigen 9,5ha nicht um. Daher gehe es schon um die gesamte Erweiterungsfläche der Universität.

In Bezug auf die Abwägung sei noch zu ergänzen, dass die Abwägung, sofern es um eine weitere Wohnbaufläche gegangen wäre, die Abwägung schon anders entschieden worden wäre. Eine derart wertvolle Naturfläche mit Wohnbebauung zu bebauen wäre dann so nicht möglich. Den Röthelheimpark nach Süden zu erweitern müsse nicht sein, aber hier gebe es einen standortbezogenen Bedarf, dieses habe in der Abwägung eine andere Gewichtung. Die Stadt habe diese Belange in die Abwägung einzustellen und abzuwägen. Selbstverständlich könne jemand sagen, der Abwägung der Stadt könne er nicht folgen, dies würde aber am Abwägungsergebnis nichts ändern. Das Recht und die Pflicht der Abwägung muss wahrgenommen werden.

**17. Die Bürgerin sagt, dass es sich herausgestellt habe, dass zahlreiche Bürger für eine Sowohl-als-auch-Lösung seien.**

**Derzeit würde für das Max-Planck-Institut ein preisgekrönter Entwurf vorliegen, wenn allerdings die Universität die Flächen und Gebäude genauso behandelt, wie die welche sich jetzt schon im Wald im Südgelände befinden, dann habe sie große Sorge über die Sorgfalt mit dem Umgang mit Kultur und Natur gleichermaßen.**

Herr Thomas. A.H. Schöck sagt darauf, dass die Vorhaben, welche durch die Universität gebaut werden, staatlichen Regelungen unterliegen. In den Zeiten in denen das Biologikum gebaut worden sei, wären diese sicher nicht optimal gewesen. An vielen Stellen werde mit undichten Dächern mit bröckelnden Betonfassaden gekämpft. Vielleicht gebe die Mathematik, die derzeit errichtet werde davon bald ein Bild, dass sich die Einstellung dazu wie der Staat baut geändert habe. Vor rund hundert Jahren seien die Regelungen besser gewesen, wenn man sich die Universitätsbibliothek ansieht, so sei diese bisher nie grundsaniert worden. Das Material sei so gewählt worden, dass es diese Intensivpflege nicht braucht.

Herr Prof. Gröske ergänzt, es gebe einen Sanierungsstau in Milliardenhöhe in Bayern, an allen Universitäten.

**18. Die Bürgerin sagt, sie habe nichts gegen das Max-Planck-Institut, es komme vermutlich meinen Enkelkindern und Kindern zugute. Sie störe lediglich die Höhe. Kein Gebäude sei so hoch wie das künftige Max-Planck-Institut. Daneben liege das Gymnasium, dahinter die Sebaldussiedlung. Gegenüber sei das Wohngebiet Röthelheimpark, dort seien überwiegend niedrige Bauwerke. Warum werde dieses Gebäude 22m hoch?**

Herr Prof. Leuchs entgegnet, dass er beim Wettbewerb interessant fand, dass sich viele Architekten nicht an die vorgeschriebene Bauhöhe gehalten hätten. Der 1.Preis sei das einzige Vorhaben, welches die maximale Gebäudehöhe von 20m einhielte und zwar bis zur obersten Spitze. Oben auf dem Hauptsbaukörper seien noch Gästewohnungen, aber auch diese blieben unterhalb der 20m. Wenn man weiter südlichen zur Physik gehe, dies sei zwar von Bäumen verdeckt, sehe man dort Gebäude mit verschiedene Höhen und die gingen bis 27,5m hoch, d.h. die oberste Spitze des Physikum/ Biolo-

gikum sei 7,5m höher als das künftige Max-Planck-Institut. Die massive, in Erscheinung tretende Bauhöhe sei sogar noch geringer, da das oberste Geschoss zurückgestaffelt sei.

**19. Der Bürger sagt, er habe kein Problem mit der Universität, außer durch die derzeitigen Baumaßnahmen und die dadurch verschwundenen Parkplätze während den Bauzeiten. Wenn zudem diese Bauflächen nördlich der Staudtstraße auch noch bebaut würden, dann bekämen wir mehr Verkehr und die Straßen in der Sebaldussiedlung - auch in der Erwin-Rommel-Straße bis runter zur Brücke –seien bereits jetzt vormittags voll geparkt auf beiden Seiten. Er würde sehr gerne in der Sebaldussiedlung wohnen und viele neu zugezogene Leute im Röthelheimpark sicher auch, und deshalb mache er sich Sorgen, dass diese attraktive Wohngebiete auch attraktiv bleiben. Nichts spreche gegen eine Erweiterung der Universität, oder die Ansiedelung des Max-Planck-Instituts - was aber erwartet werde, sei, dass die Vorhaben natur- und umweltverträglich in die Landschaft eingebunden würden. Er habe den ersten Preisentwurf gesehen, er könne sich auch damit anfreunden. Die Baumaßen seien verträglich verteilt. Der Entwurf sei auch gestaffelt zum Naturschutzgebiet, indem die Werkstatt und Laborbereiche wesentlich niedriger seien als das Hauptgebäude.**

**Was er in der Zukunft von der Stadt erwarte - bei der Erweiterung der Universität - sei, dass hier eine vorausschauende Verkehrsentwicklung und Verkehrsplanung betrieben werde und nicht dasselbe geschehe wie im Röthelheimpark, dass mit die Buslinie 293 labormäßig verschiedene Trassen ausprobiert wurden, bevor man die Haltestellen irgendwo hingestellt habe. Wenn man außerdem die Straßen anschauen, wo die Busse durchfahren, da werde rechts und links geparkt, da komme ein Bus durch und wenn ein Gegenbus komme, müsse dieser erst eine Lücke finden um zu passieren. Dasselbe gelte im ganzen Bereich der Sebaldussiedlung. Er erwarte eine zukunftsfähige Verkehrsplanung, durch die Neubaumaßnahmen kämen ca. 2.000 neue Studenten hinzu, plus Angestellte, etwa 400 bis 500, plus das Max-Planck-Institut, auch etwa 400 Mitarbeiter, dann kämen die anderen Erweiterungsflächen hinzu, sodass hier ein immer größerer Verkehrsbedarf entstehe.**

**Außerdem solle bei der Verkehrsführung berücksichtigt werden, dass, wenn einmal eine Stadtbahn käme diese vernünftig eingebunden werde.**

Herr Bruse erwidert dazu, dass derzeit der Nahverkehrsplan fortgeschrieben werde und es in diesem Rahmen natürlich weitere Entwicklungen und Ergänzungen im ÖPNV geben werde, unabhängig von der Stadtumlandbahn. Diese beträfen dann überwiegend den Busverkehr. Die Staudtstraße sei bewusst als Erschließungsstraße vorgesehen worden, um die Erwin-Rommel-Straße nicht weiter zu belasten. Die Staudtstraße sei eine Sackstraße und es solle auch keine Anbindung geben an die Erwin-Rommel-Straße, z.B. beim Gymnasium. Im Ausbauplan zur Staudtstraße könne man sehen, dass der Seitenbereich der bereits heute vorhanden sei und eine entsprechende Anzahl an Stellplätzen erhalten bleiben solle, sodass hier ein Angebot an öffentlichen Stellplätzen vorhanden sei.